

ParlamentarierInnen im Nord-Süd Dialog



Inhalt

No. 3/2007

- 1 Parlamentarischer Nord-Süd Dialog: Parlamente im Fokus der Entwicklungspolitik
- 4 Mehr Kohärenz für eine integrative Entwicklungspolitik
- 5 Budgethilfe – ein innovatives, viel versprechendes Entwicklungshilfeinstrument?
- 6 Europäische Migrationspolitik als Symptombehandlung: Der hohe Preis der „Festung Europa“
- 8 Fair Trade

Projektleiterin
NR a. D. Inge Jäger,
Nationalratsprä-
sidentin Barbara
Prammer,
AWEPA Präsident
Jan Nico Scholten,
Pressekonferenz
zum „Parlamenta-
rischen Nord-Süd
Dialog“

Parlamentarischer Nord-Süd-Dialog: Parla- mente im Fokus der Entwicklungspolitik

Bericht über die Veranstaltung im Parlament am
19. Februar 2007

Unter dem oben erwähnten Titel hat am 19. Februar 2007 im Parlament eine Veranstaltung im Rahmen des vom österreichischen Nord-Süd Institut für Entwicklungszusammenarbeit durchgeführten Projektes stattgefunden. Die mehr als 180 interessierten BesucherInnen wurden einerseits über die Hintergründe und die Entwicklungen im internationalen Kontext und andererseits über die Inhalte und Abwicklung des Projektes informiert. Das Thema stieß sowohl bei Abgeordneten, RepräsentantInnen der Sektion VII (BMaA) als auch bei VertreterInnen von entwicklungspolitischen NGOs und von Wirtschaftsunternehmen auf großes Interesse. Die

entwicklungspolitischen SprecherInnen von SPÖ, ÖVP, Grüne und BZÖ diskutierten im Anschluss an die Referate aktuelle Fragen der österreichischen Entwicklungspolitik.

Tenor der Veranstaltung war die Forderung eines stärkeren Engagements der Parlamente im Bereich der Entwicklungspolitik und der Politikkohärenz, einerseits auf Grund ihrer Funktionen als Gesetzgeber und andererseits in ihrer Kontrollfunktion der Regierungen.

Bereits im Rahmen der Begrüßung verwies die Präsidentin des Nationalrates und Vorsitzende des Projektbeirates Mag^a. Barbara Prammer auf die neuen Herausforderungen, denen sich die nationalen Parlamente zu Beginn dieses Jahrhunderts stellen müssen. Es sei wichtig, dass sich ParlamentarierInnen über die Tagespolitik hinaus mit dem Thema Entwicklungspolitik befassen, da sie zu den wichtigsten AkteurInnen bei der Umsetzung

Editorial



Sehr geehrte Damen und Herren!

Die richtigen Strategien und politischen Antworten im Umgang mit Globalisierung zu finden wird zunehmend zur größten Herausforderung für ParlamentarierInnen im Norden und Süden. Niemand leugnet mehr die – letztlich weltweiten – negativen Auswirkungen unseres Wirtschafts- und Handelssystems, sei es im Bereich des Klimawandels der steigende CO²-Ausstoß oder die zunehmende Migration nach Europa bedingt durch die Zunahme von Armut in vielen Ländern Afrikas.

Es genügt nicht mehr allein EZA-Mittel zur Verfügung zu stellen, die zudem nie die versprochene 0,7%-Marke erreichen. Lösungsansätze müssen vielmehr die strukturellen Wurzeln von Armut und Verelendung berücksichtigen.

Überall auf afrikanischen Märkten kann man z.B. europäische Butter, Milchpulver oder Fleisch billiger kaufen als einheimische Produkte. Europäische Exportkredite machen es möglich. Dies, obwohl man weiß, dass in afrikanischen Ländern noch ca. 75% der Bevölkerung finanziell von der Landwirtschaft abhängig sind.

Unsere Welt braucht kohärente Politik und global denkende PolitikerInnen auf allen Ebenen des politischen Geschehens, um den komplexen weltweiten Zusammenhängen gerecht zu werden. Die Interessen der Entwicklungspolitik dürfen nicht durch die Gesetzgebung in anderen Politikfeldern unterlaufen werden. Vernetztes Denken und der Blick über den Tellerrand sind das Gebot der Stunde für engagierte Abgeordnete.

Ihre

NR a. D. Inge Jäger

der Maßnahmen zur Erreichung der UN-Millenniumsziele gehören und daher eine prominente Rolle beim Kampf gegen Armut spielen. Die Präsidentin betonte auch, dass sich ParlamentarierInnen im Norden bewusst werden müssen, dass Gesetze, die sie beschließen, oft direkte Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschen im Süden haben.

Es herrschte unter den anwesenden ReferentInnen die einhellige Meinung, dass Friede, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Bedingungen für die Beseitigung von Armut einen **intensiveren Austausch und Dialog zwischen ParlamentarierInnen im Norden und im Süden** voraussetzt, um gemeinsam Veränderungen bewirken zu können.

Anerkennung und Zustimmung erntete das von **NR a.D. Inge Jäger** vorgestellte Projekt „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ mit seinen drei Schwerpunkten: Informationsarbeit zu entwicklungspolitischen Themen, Ausbau der AWEPA-Sektion (*Association of European Parliamentarians for Africa*) im österreichischen Parlament und Aufbau einer parlamentarischen Partnerschaft zwischen dem Parlament in Mosambik und in Österreich.

Der renommierte entwicklungspolitische **Experte Univ. Prof. Dr. Franz Nuscheler** wertete es als positives Zeichen, dass die Veranstaltung im Parlament und nicht in einem Wiener Konferenzzentrum stattfand. Er ist

überzeugt davon, dass die westlichen Parlamente, die die Haushaltsmittel bewilligen, besonders gefordert sind, in Afrika den steinigten Weg zu parlamentarischen Demokratien unterstützend zu begleiten, indem sie die zuständigen Ministerien dazu anhalten, mehr in die Förderung von Parlamenten zu investieren, wenn schon **Good Governance auf der entwicklungspolitischen Prioritätenliste** steht.

Er verwies auf das gemeinsam vom *Parliamentary Centre of Canada und World Bank Institute* herausgegebene *Handbook on Parliamentarians and Policies to Reduce Poverty* (2002), in dem Parlamente als „eine Brücke, die Bürger mit dem Staat verbindet“ bezeichnet werden. Er stellte die Frage, wie tragfähig diese Brücken in Europa und vor allem in Afrika sind.

Auch der aus Holland angereiste **Präsident von AWEPA, Dr. Jan Nico Scholten**, betonte wie wichtig es ist, dass Parlamente als Grundpfeiler der Demokratie ihre Regierungen kontrollieren. In seiner Rede führte er aus, dass es AWEPA einerseits um die Unterstützung von afrikanischen ParlamentarierInnen durch *Capacity Building* gehe und andererseits große Bemühungen unternommen werden, Afrika auf der politischen Agenda Europas zu halten. Als Beispiele für die Arbeit von AWEPA berichtete Präsident Scholten über ein aktuelles Projekt, das *European Development Policy Tracking*. Durch diesen Mechanismus wird kontrolliert, ob die versprochenen Entwicklungshilfegelder von



Die entwicklungspolitischen SprecherInnen:
Petra Bayr (SPÖ), Franz Glaser (ÖVP), Ulrike Lunacek (Die Grünen) und Sigisbert Dolinschek (BZÖ, stellvertretend für Herbert Scheibner)

den europäischen Regierungen auch tatsächlich ausbezahlt werden. Gleichzeitig werden afrikanische ParlamentarierInnen informiert, wenn Zahlungen in ihr Land fließen. Dadurch werden diese in die Lage versetzt, bei der Regierung nachzufragen und zu kontrollieren, ob die Unterstützung zweckgemäß verwendet wird. Somit gibt es einen doppelten Kontrollmechanismus in Europa und Afrika. Sehr erfreut zeigte sich Dr. Scholten über die Unterstützung der Arbeit der AWEPA durch den österreichischen Nationalrat und seine Präsidentin Barbara Prammer.

Mag. Robert Zeiner von der Austrian Development Agency (ADA) erläuterte kurz die Themenschwerpunkte der österreichischen EZA in den bilateralen Programmen und Projekten. Neben Wasser und sanitärer Versorgung, ländlicher Entwicklung und Bildung sei vor allem die Förderung im Bereich der guten Regierungsführung in den letzten Jahren zunehmend wichtiger geworden. Die bedeutende Rolle, die den Parlamenten in diesem Bereich zugeschrieben wird, versucht die ADA durch unterschiedliche Projekte der Parlamentsförderung herzuheben. Eines davon ist das Projekt „Parlamentarischer Nord-Süd-Dialog“. Ein weiteres Projekt unterstützt Demokratisierungsprozesse in Mosambik und Südafrika über das regionale Programm von AWEPA, in dessen Mittelpunkt die Aus- und Fortbildungsprogramme für Abgeordnete und für ihre MitarbeiterInnen stehen. Im Gleichklang mit den

anwesenden entwicklungspolitischen SprecherInnen forderte Mag. Zeiner nicht nur eine Erhöhung der offiziellen Entwicklungshilfegelder, sondern auch eine wirksame Reform der Entwicklungsarchitektur. Den Parlamenten im Süden sollte im Sinne der Transparenz die Möglichkeit gegeben werden, Budgethilfe an die Regierungen zu kontrollieren.

Abgeordnete Petra Bayr von der SPÖ, die Entwicklungszusammenarbeit als ein Querschnittsthema in der parlamentarischen Arbeit sieht, äußerte den Wunsch, dass sich über die Parteigrenzen hinaus alle 183 Abgeordnete für das gemeinsame Ziel der Armutsreduktion einsetzen und sich der Nord-Süd Dialog zu einem multilateralen Anliegen entwickeln sollten.

ÖVP-Abgeordneter Franz Glaser hob hervor, dass die Entwicklungszusammenarbeit in einer konfliktträchtigen Welt immer wichtiger werde und nannte es als ein Ziel kommender Budgetverhandlungen, die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,51% des BIP anzuheben, eine Forderung, die von allen anwesenden entwicklungspolitischen SprecherInnen bekräftigt wurde.

Mag^a. Ulrike Lunacek, die entwicklungspolitische Sprecherin der Grünen, erachtete die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Abgeordneten in afrikanischen Ländern für die Zusammenarbeit mit Parlamenten im Süden als besonders förderungswürdig. Finan-

zielle Ressourcen für moderne Informations- und Kommunikationstechnologien und personelle Unterstützung seien außerdem für die Ausübung der Kontrollfunktion gegenüber den Regierungen ausschlaggebend.

Abgeordneter Siegisbert Dolinschek vom BZÖ setzt in der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika auf eine Kooperation von Wirtschaft und Politik und hob die Initiative „Fair Trade“ hervor, von der Druck auf die Wirtschaft und Motivation für die KonsumentInnen ausgehe.

Im Rahmen der Diskussion der entwicklungspolitischen SprecherInnen waren sich alle Anwesenden einig, dass **Entwicklungspolitik kein eigenständiges, von anderen Politikbereichen abgekoppeltes Thema mehr sein darf, sondern im Sinne einer kohärenten Politik gemeinsame entwicklungspolitische Ziele verfolgen sollte** und diese auch von der Agrar-, Handels-, Klima-, Rüstungs-, Industrie-, Steuer- und Migrationpolitik unterstützt und gefördert werden sollten. Das österreichische Parlament versucht gemeinsam mit dem österreichischen Nord-Süd Institut für Entwicklungszusammenarbeit durch das Projekt „Parlamentarischer Nord-Süd Dialog“ Schritte in diese Richtung zu setzen.



Abb. rechts: Moderatorin Irmgard Strach-Kirchner, Prof. Franz Nuscheler (Universität Duisburg-Essen), Projektleiterin NR a. D. Inge Jäger, AWEPA Präsident Jan Nico Scholten, Robert Zeiner, (Leiter der Programme, Austrian Development Agency)

Abb. rechts außen: Botschafterin Irene Freudenschuss-Reichl (Leiterin der Sektion VII, BMAA)

Mehr Kohärenz für eine integrative Entwicklungspolitik

Kohärenz wurde bereits im Maastrichtvertrag von 1992 fest geschrieben und ist seit einigen Jahren ein viel diskutiertes Konzept, wenn auch vorwiegend in der entwicklungspolitischen Diskussion.

Was versteht man konkret unter Politikkohärenz? Mittels welcher Modelle und Instrumente kann eine entwicklungspolitisch kohärente Politik umgesetzt werden? Welche Kohärenzbestrebungen gibt es auf der EU-Ebene?

Kohärenz bedeutet die Harmonisierung von diversen Politikfeldern im Hinblick auf gemeinsame entwicklungspolitische Ziele, d.h. die Agrar-, Handels-, Klima-, Rüstungs-, Industrie-, Steuer- und Migrationpolitik sollte die Ziele der Entwicklungspolitik nicht untergraben, sondern fördernd wirken. Ein grundsätzliches Übereinkommen und eine Verpflichtung zu übergeordneten entwicklungspolitischen Zielen findet sich in den UN-Millenniumszielen (MDGs).

Inkohärenz ist häufig das Produkt von gegensätzlichen Interessen unterschiedlicher Politikbereiche, von denen sich jene mit stärkerem Durchsetzungsvermögen bei den politischen EntscheidungsträgerInnen behaupten. Bei-

spielsweise befürchten KritikerInnen der *Economic Partnership Agreements* (EPAs), die mit der Einführung von Freihandelszonen angeblich das Ziel der Integration der Afrika-, Karibik- und Pazifik-Staaten in die Weltwirtschaft verfolgen, häufig eine Unterordnung von entwicklungspolitischen Interessen unter handelspolitische. Allerdings kann es auch aufgrund eines unzureichenden Informations- und Koordinationssystems zu nicht beabsichtigten Inkohärenzen (negativen Auswirkungen) kommen.

Wie äußert sich Inkohärenz in der Praxis? Eine nicht kohärente Politik zeigt sich beispielsweise im Bereich Agrarwirtschaft: die aus den erhöhten Subventionen resultierenden Überschüsse der Agrarproduktion wie Rindfleisch, Hühnerfleisch, Milchpulver oder Baumwolle, die – noch dazu finanziert durch Exportkredite – in afrikanische Länder exportiert werden, führen zu einem starken Rückgang oder sogar zur Stilllegung der heimischen Produktion in

den betroffenen Entwicklungsländern. Das *Development Assistance Committee* (DAC) der OECD thematisiert Fragen der Kohärenz bereits seit Mitte der 1990er Jahre. Im Mai 2005 verabschiedete der Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen (GAERC) die *Policy Coherence for Development* und legte 12 Prioritätsbereiche für eine beschleunigte Umsetzung der Millenniumsziele fest. Im Hinblick auf die für die Armutsbekämpfung notwendigen Kohärenzbemühungen entwarf der DAC eine Checkliste (*Guidelines for Poverty Reduction*, OECD 2001) für Regierungen. Dadurch werden die Kohärenzbemühungen messbar und die Verantwortung wird an die DAC-Mitgliedsländer übertragen. Im Licht der MDGs, der neuen EU-Afrika Strategie und des angestrebten Zieles der Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,7% des BNE bis 2015 wird der Umsetzung des Kohärenzgebots größere Bedeutung zuteil.

Die „Implementierung“ von Politikko-

Abb. links außen: Franz Nuscheler, emeritierter Professor an der Universität Duisburg-Essen, Experte zu Global Governance, Entwicklungspolitik, Migration, Menschenrechte u.a., Mitglied in zahlreichen wissenschaftlichen Beiräten.



Abb. links: Österr. Forschungsförderung für Entwicklungshilfe – ÖFSE (Hg.): Österr. Entwicklungspolitik – Analysen, Informationen 2005. Mehr Wirksamkeit in der EZA, Ausg. 2006.



härenz hängt sehr stark von der politischen Koordinationsfähigkeit sowie von der Flexibilität des Verwaltungssystems ab. Auf der EU-Ebene gibt es unterschiedliche Mechanismen, die die EU-Mitgliedstaaten eingerichtet haben. Während sechs EU-Länder die Prioritätsbereiche für Kohärenz in ihren entwicklungspolitischen Grundsatzprogrammen nicht berücksichtigt haben, haben elf EU-Mitgliedstaaten – darunter auch Österreich – Initiativen gesetzt oder grundsätzliche politische Erklärungen in Richtung Politikkohärenz abgegeben.

Acht EU-Länder sind bereits einen Schritt weiter, da sie institutionelle oder administrative Mechanismen für die Umsetzung von Politikkohärenz entwickelt haben: Deutschland, Dänemark, Finnland, Irland, Luxemburg, Niederlande Schweden und Großbritannien. In Schweden beispielsweise müssen die einzelnen Ministerien dem Parlament regelmäßig Berichte über die Fortschritte der Kohärenzbemühungen vorlegen, während in den Niederlanden eine eigene Kohärenzabteilung gegründet wurde, die alle Gesetze auf entwicklungspoliti-

sche Kohärenz hin untersucht.

In Österreich gilt es noch ein geeignetes Modell zur Überprüfung von entwicklungspolitischer Kohärenz unter der Berücksichtigung des Verwaltungssystems zu entwerfen. Mit diesem Thema beschäftigt sich auch die AGEZ (Plattform 33 österreichischer entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen) im Rahmen ihres neu gegründeten Arbeitskreises zum Thema Politikkohärenz. Auch VENRO (Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen) betreibt Lobbying in diese Richtung und fordert die deutsche Regierung angesichts der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 und des in Deutschland statt findenden G8-Gipfels zu mehr entwicklungspolitischer Kohärenz auf.

Eine erste Bilanz kann im September dieses Jahres gezogen werden, da bis dahin von allen EU-Mitgliedsländern ein erster Fortschrittsbericht im Rahmen des Arbeitsprogramms zur *Policy Coherence for Development* der Kommission an den Rat erstellt werden muss. Dadurch wird die politische Verbindlichkeit zu

mehr Kohärenz für die Mitgliedstaaten zunehmend erhöht. Eine der größten Herausforderungen liegt in der Entwicklung von geeigneten Instrumenten und Modellen auf der Verfahrensebene, die häufig eine Anpassung der Instrumente an die nationalen Verwaltungssysteme mit ein schließt. Hier sind in Zukunft neben den Regierungen, die sich meist unzureichend um die effektive Umsetzung von entwicklungspolitischer Kohärenz bemühen, vor allem die Parlamente der EU-Mitgliedsländer sowie die Interessensvertretungen der Zivilgesellschaft aufgefordert, konkrete Vorschläge zu erarbeiten.

Weiterführende Literatur:

Obrovsky, Michael (2006): Entwicklungspolitische Kohärenz. Zu den erweiterten politischen Rahmenbedingungen für mehr Wirksamkeit in der EZA, in: Österreichische Forschungstiftung für Entwicklungshilfe – ÖFSE (Hg.): Österreichische Entwicklungspolitik – Analysen, Informationen 2005. Mehr Wirksamkeit in der EZA – Quantensprung oder Rhetorik?

Budgethilfe – ein innovatives, viel versprechendes Entwicklungshilfeinstrument?

Geht es nach dem Willen der meisten Industriestaaten, dann soll in naher Zukunft ein Großteil der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) im südlichen Afrika in Form von Budgethilfe ankommen.

Als am 2. März 2005 die AußenministerInnen der OECD-Staaten die *Paris Declaration on Aid Effectiveness* als neue Richtlinie für effizientere Entwicklungszusammenarbeit verabschiedeten, propagierten sie gleichzeitig ein relativ neues Instrument: die Budgethilfe.

Bei dieser neuen Form von Entwicklungshilfe stellen die internationalen Geberländer finanzielle Mittel für die

Umsetzung nationaler Entwicklungsstrategien in den Entwicklungsländern zur Verfügung. Das Geld wird dabei in regelmäßigen Abständen direkt in die Budgets der Empfängerländer einbezahlt und von diesen in Eigenverantwortung verwaltet.

In ökonomischer Hinsicht ist Budgethilfe also eine Art von Zahlungsbilanz-

hilfe, die jedoch nicht an eine bestimmte Verwendung der Devisen gebunden wird.

Die Ausbezahlung der Mittel basiert lediglich auf der in den Empfängerländern und unter Mitarbeit der lokalen Zivilgesellschaft entwickelten nationalen Armutsminderungsstrategien, die auch *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSP-Initiative) genannt werden.

Inwieweit wird die Budgethilfe tatsächlich den Ärmsten der Armen zu Gute kommen?



Das Instrument der Budgethilfe kann als Paradigmenwechsel in der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit gesehen werden: **Die Forderung nach mehr Selbstbestimmung auf Seiten der Empfänger (Ownership) und die erhöhte Effizienz der Hilfe stellen die neuen Eckpfeiler dar.**

Allerdings stellt Budgethilfe aufgrund seiner Vor- und Nachteile im entwicklungspolitischen Diskurs ein sehr kontroversielles Thema dar. Von BefürworterInnen dieser Praxis wird häufig auf die vermeintlichen Vorteile dieser Strategie verwiesen: Mehr Selbstbestimmung bei den Empfängern, Harmonisierung von Geberpraktiken, Vereinheitlichung der Modalitäten (Alignment), mehr Möglichkeiten zu ergebnisorientiertem Management und beiderseitige Rechenschaftspflicht sprechen für eine positive Sichtweise. Bei genauerem Hinsehen wird jedoch auch die Kritik an Budgethilfe verständlich: Die hohe Schwankungsbreite der finanziellen Zuschüsse, welche sich durch mögliches „Herdverhalten“ der Geber verstärkt, die fehlende Planbarkeit, die schwierigere Kontrolle der Mittelverwendung und schließlich die Gefahr der Korruption.

Wird Budgethilfe auf der Grundlage erfüllter Vorbedingungen – ein ma-

kroökonomisches Reformprojekt, eine Langzeitstrategie zur Armutsbekämpfung, ein transparentes Budgetmanagement und gemeinsam vereinbarte Leistungsindikatoren im Empfängerland – einmal gewährt, dann kann sie unterschiedliche Formen annehmen. Neben allgemeiner Budgethilfe (General Budget Support), bei der Gelder direkt und nicht zweckgebunden in das Budget des Empfängerlandes einfließen, gibt es auch Sektorprogrammhilfen (z.B. für die Sektoren Bildung, Gesundheit). Zudem wird auf Formen der Korbfinanzierung (sogenannte Basket Funds), bei denen mehrere Geber gemeinschaftlich Sektorprogramme finanzieren, vermehrt zurückgegriffen.

Laut der Evaluierung des Landesprogramms der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Mosambik (BMaA, 2004) blieben die erhofften großen Erfolge im Rahmen des von Österreich gewährten Budgethilfeprojektes für Mosambik vorerst aus. Die Budgethilfe wurde auf der Grundlage der nationalen Armutsminderungsstrategie (PRSP-Initiative) abgewickelt, mit dem Ziel die Armut durch Investitionen in die Bereiche Bildung, Gesundheit und Infrastruktur in der Provinz Sofala zu verringern. In dieser Provinz stellen defizitäre Strukturen ein Haupthindernis bei der Armutsbekämpfung

dar. In Zukunft wird es neben einer besseren Anpassung der mit Budgethilfe verbundenen Konditionalitäten an deren tatsächliche Erfüllbarkeit vor allem auch um eine stärkere Einbindung von Parlamenten und Zivilgesellschaft in politische Entscheidungen gehen.

In diesem Zusammenhang sollte verstärkt auf Politikkohärenz und die Nachhaltigkeit von Budgethilfe Wert gelegt werden. Deshalb ist vor allem das Engagement der ParlamentarierInnen auf beiden Seiten von großer Bedeutung. In Vernetzung mit der Zivilgesellschaft müssen sie ihrer Kontrollfunktion gerecht werden, damit Budgethilfe zu einem für alle Beteiligten erfolgreichen Konzept wird.



Unser Buchtipp:
Corinna Milborn:
Gestürmte
Festung Europa
– Einwanderung
zwischen Stacheldraht
und Ghetto – das
Schwarzbuch,
Styria Verlag,
2006

Europäische Migrationspolitik als Symptombehandlung: Der hohe Preis der „Festung Europa“

Erhöhte Flexibilität und Mobilität als Kennzeichen der Globalisierung konnten die freiwillige Wahl des Lebensmittelpunkts unter Industrieländern in den letzten Jahren entscheidend erleichtern. Dieser „Freiwilligkeit von Migration“ steht jedoch – im öffentlichen Diskurs nicht selten als Bedrohung für Identität und Wohlstand der EU-Mitgliedsstaaten dargestellt – eine in den Entwicklungsländern durch **strukturelle Gegebenheiten ausgelöste, unfreiwillige Auswanderung** gegenüber.

Genen diese Wanderungsbewegung erleben wir in der Europäischen Union eine zunehmende Abschottung, welche sich im Aufbau einer „Festung Europa“ an den Küsten des Mittelmeers bemerkbar macht. Das Schengen Abkommen schuf die Grundlagen für eine harte Realität, die sich mit dem Ausdruck „Festung Europa“ am treffendsten beschreiben lässt. Innerhalb des Schengenraumes wurden dabei zwar die Grenzen geöffnet, nach außen hin selbige aber noch rigider geschlossen.

In weiterer Folge war in den meisten Mitgliedsstaaten in den letzten Jahren eine Verschärfung der nationalen Aufnahmebedingungen wahrnehmbar. Die EU-Staaten lassen sich die Überwachung der Außengrenzen einiges kosten: Bis Ende 2005 wurden allein in die Kontrolle der Südküste Spaniens 243 Millionen Euro investiert. Auf den kanarischen Inseln waren es immerhin noch 12 Millionen Euro.

Allerdings sind nicht nur die materiellen Kosten dieser Politik ein großes Problem. Hier handelt es sich um eine Art **„Humanitäre Katastrophe“**, die sich täglich an den Außengrenzen der Europäischen Union abspielt: Denken wir etwa an die 500.000 Menschen, die jährlich versuchen, die Grenzen der EU im Mittelmeer zu überwinden. Viele

von ihnen sterben jedoch bevor sie das europäische Festland erreichen. Wurden sie noch vor dem Festland von Booten und Hubschraubern der Küstenwache aufgespürt, werden sie nach Afrika zurückgeschoben. Wer durchkommt, landet zunächst in großen Auffanglagern. Nicht selten in weiterer Folge von der lokalen Wirtschaft als billige Arbeitskräfte ausgebeutet, werden diese Menschen rasch zu AußenseiterInnen der europäischen Gesellschaft.

Die Europäische Union setzt durch diese Migrationspolitik nicht an den vielfältigen Wurzeln des Problems unfreiwilliger Migration – politische Instabilität, fragile Staatlichkeit, Armut und Hunger in vielen Entwicklungsländern – an, sondern beschränkt sich auf die **Behandlung ihrer Symptome**. Der daraus resultierende Auf- und Ausbau der „Festung Europa“ ist mit zwei grundsätzlichen Problematiken konfrontiert: Zum einen halten die Mitgliedsstaaten an der nationalen Regulierung von Zuwanderung fest, obwohl der nationalstaatliche Einfluss auf Migration im Gefolge der Globalisierung – z.B. durch erhöhte Mobilität, grenzenlose Kommunikation etc. – geringer wird. Zweitens lässt der Status der Illegalität

Menschen, aufgrund der fehlenden Möglichkeit zur Teilnahme am legalen Erwerbsleben, ohne Sozialversicherung in der Schwarzarbeit landen.

Wie kann Europa angesichts dieser Problematiken auf die Herausforderungen unfreiwilliger Zuwanderung angemessen reagieren? Eines steht fest: **Die „Festung Europa“ kann aufgrund ihrer hohen materiellen und humanitären Kosten keine dauerhafte und nachhaltige Lösung sein**. Die Alternativen können daher nur heißen, unfreiwilliger Migration in den Entwicklungsländern selbst zu begegnen und die strukturellen Gegebenheiten vor Ort zu verbessern. Eine größere Investition in die Entwicklungszusammenarbeit und eine Erhöhung der Entwicklungshilfegelder mit dem Ziel, die Millenniumsziele zu erreichen, kann beispielsweise unfreiwillige Migration erheblich minimieren.

Resümierend lässt sich also festhalten, dass bei allen Bemühungen um die Lösung der Flüchtlingsproblematik vor allem die **Politikkohärenz eines auf die Wurzeln von unfreiwilliger Migration gerichteten, gesamteuropäischen Agierens** im Vordergrund stehen sollte.



Mosambikansiche Jugendliche voller Erwartungen an die Zukunft

Fair Trade



FAIRTRADE. SO FAIR. SO GUT.
Mit dem FAIRTRADE Gütesiegel ausgezeichnete Produkte geben Ihnen die Sicherheit, dass Menschen in den Entwicklungsländern fair bezahlt und keine Kinder ausgebeutet werden. Und garantieren Ihnen die hohe Qualität naturnaher Landwirtschaft.
www.fairtrade.at

Fair Trade als Beispiel für wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit

Die ProduzentInnen in Asien, Afrika und Lateinamerika haben kaum Zugang zu den Märkten der Industriestaaten und sind abhängig von ZwischenhändlerInnen. Diese bestimmen die Preise für die Produkte und schmälern so die Erträge für die Kleinbauernfamilien drastisch. Abhängigkeiten und Verschuldungen werden dadurch immer größer.

FAIRTRADE garantiert den Kleinbauernfamilien einen Mindestpreis für die Abnahme eines Teils ihrer Produkte, der

deutlich über dem üblichen Weltmarktpreis liegt.

Zusätzlich erhalten sie zweckgebundene FAIRTRADE Prämien für den Ausbau und den Unterhalt von Gesundheitseinrichtungen oder Schulen.

Durch höhere Erträge für ihre Produkte ist es den ProduzentInnen selbst möglich, langfristige Verbesserungen eigenverantwortlich durchzuführen ohne in neuerliche Abhängigkeiten zu geraten.

Mit einer bewussten Kaufentscheidung für ein FAIRTRADE Produkt leisten immer mehr KonsumentInnen einen persönlichen, aktiven Beitrag für eine faire Welt!

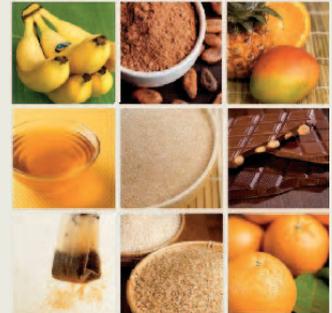
FAIRTRADE besiegelte Produkte sind in über 5.000 Geschäften, den Weltläden, Bio-Fachgeschäften und Supermärkten österreichweit erhältlich. Bestellen Sie jetzt Ihren kostenlosen Einkaufsführer unter Tel. 01 / 533 09 56 oder unter www.fairtrade.at

Fair Trade Verkaufsausstellung vor Ostern

Dort finden Sie eine große Auswahl an fair gehandelten Produkten!

Im Österreichischen Parlament
Freitag, 30.3.2007, 8:30-16:00 Uhr

Eröffnung um 8:30 Uhr
durch die Präsidentin des Nationalrates Mag^a. Barbara Prammer
mit einem „Fairen Frühstück“



www.nordsued-dialog.org

Besuchen Sie unsere Website!
Dort finden Sie detaillierte Informationen zum Projekt und zu den hier behandelten Themen.



Ein Projekt des **nord
süd**

Gefördert durch **Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit**



Nord -Süd Institut für Entwicklungszusammenarbeit Gemeinnützige GmbH
Möllwaldplatz 5/3. Stock | A-1040 Wien/Österreich
Tel: +43 (0) 1 505 44 92 | Fax +43 (0) 1 505 44 92-20
office@nordsued.at | www.nordsued.at
Firmenbuch FN 134811b HG Wien | DVR 0772267

Bankverbindung: Bank Austria Creditanstalt
Konto 687 098 806 | BLZ 12 000

Redaktion: Nadja Schuster, Jutta Kepplinger, Inge Jäger
Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | www.kest.net
Druck: Direkta Druck, Linz | www.direkta.at

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Redakteurinnen wieder und stellen somit in keiner Weise die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit dar. Dieser Newsletter soll in der Projektlaufzeit (Mai 2006 - April 2008) insgesamt acht mal herausgegeben werden.

